

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 1. Sept. Sr. Maj. Kanonenboot Cyclop, vier Geschütze, Commandant Kapitänlieutenant v. Schummann 1., ist am 15. Juli von Foochow kommend in Shanghai eingetroffen.

* Nürnberg, 1. Sept. Die Feier des Sedantages wurde schon gestern durch eine Musikaufführung auf der Burg und durch Revellen eingeleitet. Heute Vormittag fand eine Schulfeier im großen Rathhause statt, mittags wurden alle Geschäfte geschlossen, am Nachmittag bewegte sich unter Begleitung von Musikkapellen ein großartiger Festzug durch die Stadt, an welchem die Schulen, Vereine und Gewerke der Stadt, ingleichen viele Landgemeinden mit ihren Fahnen, Emblemen und mit allegorischen Darstellungen theilnahmen. Morgen Vormittag soll eine Kirchenparade der Garnison, am Nachmittag sollen Freiconcerte und Volksspiele stattfinden. Die Stadt ist überall mit Flaggen geschmückt.

* Konstantinopel, 1. Sept. In der gestrigen Konferenz betreffs der griechischen Frage antworteten die türkischen Bevollmächtigten auf die von den griechischen in der ersten Konferenz verlesene Declaration. Man versichert, die türkischen Bevollmächtigten acceptirten das 13. Berliner Congressprotokoll als die Grundlage der Verhandlungen. (Wiederholt.)

Leipzig, 2. September.

Das Bedeutendste aus der vergangenen Woche neben der nun endlich von der Fforte abgegebenen Erklärung, daß sie auf der vom Berliner Congress vorgeschlagenen Grundlage mit Griechenland verhandeln wolle, waren allerhand Bewegungen in der diplomatischen Welt, Bewegungen, deren bestimmter Zweck und Grund zur Zeit nur die Eingeweihten kennen, von denen aber so viel mit Sicherheit anzunehmen ist, daß sie ohne solchen nicht stattgefunden.

Dahin gehört in erster Linie die vertrauliche Zusammenkunft der Oesterreich-Ungarischen Kaiserin mit dem Fürsten Bismarck. Was die beiden Staatsmänner miteinander verhandelt haben, ist zwar noch Geheimniß; allein was nun der bisherige österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen diese Zusammenkunft gesucht haben, um dem deutschen Reichskanzler blühende Zusicherungen zu überbringen in Bezug auf die von seinem Nachfolger (als welchen man jetzt den Baron v. Haymerle nennt, derzeitigen österreichisch-ungarischen Vorkanzler in Rom) einzuhaltende Linie der Politik, speciell gegenüber dem Deutschen Reich, oder mag ein Hauptzweck der langen freundschaftlichen Unterredung eine zweifelhafte Verständigung gewesen sein über ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in einzelnen oder in allen schwebenden europäischen Fragen — so viel scheint gewiß, daß die Zusammenkunft zu beiderseitiger Befriedigung ausgefallen ist, und man darf daraus weiter mit Genugthuung schließen, daß ihr Inhalt ein der Erhaltung des europäischen Friedens günstiger gewesen ist.

Ein angebliches Seitenstück zu dieser Diplomatenzusammenkunft hatte das allezeit geschäftige Gerücht in Scene gesetzt in Form eines ganz geheimen Zusammenkommens zwischen dem Fürsten Bismarck (vor seiner Ueberfabelung von Kissingen nach Gastein) mit dem, allerdings auf einer Reise im Norden begriffenen, italienischen Ministerpräsidenten Cairoli. Dieses Gerücht ward jedoch officiell von Berlin aus widerlegt, ebenso aber auch das andere, als sei eine solche Begegnung seitens des italienischen Staatsoberhauptes beabsichtigt gewesen, seitens des deutschen Reichskanzlers aber als unerwünscht bezeichnet und deshalb unterlassen worden.

Vermuthungen der mannichfachen Art knüpfen sich, wie sehr natürlich, an die Sendung des Generalfeldmarschalls v. Manteuffel an den Kaiser von Rußland nach Warschau. Daß es sich dabei um mehr als eine bloße Höflichkeitbezeugung seitens des Deutschen Kaisers handelt, liegt auf der Hand. Die Persönlichkeit des dazu auserkorenen außerordentlichen Abgesandten verleiht der Sendung ein doppelt so großes Gewicht. Man weiß, daß Generalfeldmarschall v. Manteuffel persona grata beim Kaiser Alexander ist, und daß er deshalb immer gern zu besonders intimen und delikaten Aufträgen nach jener Seite hin verwendet wird. Man erinnert sich der hochwichtigen, von ihm glücklich vollführten Mission nach Petersburg im Jahre 1866, deren Zweck war, Rußlands stillschweigende Zustimmung zu den in Deutschland vor sich gehenden Veränderungen zu sichern. Ohne erstern Grund ist gewiß auch jetzt der Generalfeldmarschall nicht nach Warschau gesandt. Wir glauben nicht, daß es sich dabei um die Schlichtung tiefer gehender Differenzen zwischen den beiden großen Reichen oder gar um die Abwendung eines drohenden Krieges handelt, mag auch die — nicht-officielle — russische Presse in jüngster Zeit einmal den Wunsch sehr vollkommen haben von Aufschwüngen und Beleidigungen Deutschlands. Eher möchten wir annehmen, daß Frhr. v. Manteuffel beauftragt sei, dem Kaiser von Rußland auf Grund der jüngsten Verständigung zwischen Bismarck und Andrássy Erklärungen darüber zu machen, inwieweit eine auch den russischen Wünschen, wenn diese in gewissen Schranken sich hielten, entsprechende gemeinsame Orientpolitik von den drei Kaiserhöfen verfolgt werden könne. Das Resultat der Manteuffel'schen Mission, wenn sie gelingt, was zu hoffen, wäre somit, unserer Ansicht nach, eher die Wiederherstellung des Drei-Kaiser-Bündnisses in neuer Form und vielleicht mit etwas veränderter Grundlage, als die Abwendung einer Kriegsgefahr von Seiten Rußlands, an deren wirkliches Vorhandensein wir nicht glauben, oder gar ein Zurückweichen der deutschen Regierung vor Ruß-

land in irgendeinem für deutsche Interessen wichtigen Punkte, an welches wir noch viel weniger glauben mögen.

Auch die Anwesenheit des russischen Thronfolgers an den skandinavischen Höfen hat zu allerhand Combinationen Veranlassung gegeben, deren Spitze sich wiederum gegen Deutschland lehrt. Daß Rußland mit seinen beiden nördlichen Nachbarn gern auf gutem Fuße stehen will, begreift sich, und es ist daher nur natürlich, wenn der Thronfolger den Besuch am dänischen Hofe, mit welchem ihn nahe Verwandtschaftsbande verknüpfen, zugleich zu einem Acte der Courtoisie am schwedischen Hofe benutzte. Allein so wenig aus dem Austausch ähnlicher Höflichkeiten zwischen Schweden, Norwegen und Deutschland, wie sie vor etwa zwei Jahren stattfanden, auf einen bevorstehenden Bruch zwischen Deutschland und Rußland geschlossen werden ist und vernünftigerweise geschlossen werden konnte, ebenso wenig liegt unserm Erachtens Grund vor, dem gegenwärtigen Besuche des russischen Thronerben in Stockholm eine solche deutschfeindliche oder vollends kriegerische Deutung zu geben.

Die Wahlbewegung in Preußen kommt nun in Fluß — insofern wenigstens, als die verschiedenen Parteien ihr Wahlprogramm erlassen, oder auf sonstige Weise ihren Standpunkt gegenüber den Wählern präcificiren. Wir behalten uns vor, auf diese Kundgebungen der verschiedenen Parteien an anderer Stelle näher einzugehen.

Die Abgeordnetenconferenz der österreichischen Verfassungspartei.

Die in Linz am 31. Aug. versammelte Conferenz nahm den vom Dreizehner-Comité vorgeschlagenen Resolutionsantrag ohne Debatte en bloc an. Er lautet:

Angehts der durch die Neuwahlen geschaffenen politischen Lage sowie der durch die bisherige Action und Zusammensetzung des Cabinetes für die Integrität der Verfassungsmächten und liberalen Institutionen und die Interessen der deutschen Oesterreicher hervorgerufenen ernstlichen Besorgnisse sprechen die in Linz versammelten, der Verfassungspartei angehörigen Abgeordneten als ihre Ueberzeugung aus:

Die staatsrechtlichen Grundlagen des Reiches, wie die in der Verfassung und ihren Ausführungsgesetzen begründeten culturellen und freirechtlichen Institutionen sind unverletzt zu erhalten. Nur in diesem Rahmen kann den Forderungen nach erweiterter Befriedigung nationaler Wünsche stattgegeben werden. Die Ordnung im Staatshaushalte ist durch Sparsamkeit in allen Zweigen der Verwaltung, vor allem aber durch die mit der Wehrhaftigkeit des Reiches vereinbarliche Herabminderung des Heeresaufwandes ernstlich anzustreben und bei während der Wahlbewegung in Stadt und Land erhobenen Forderung nach Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung, soweit solche eine Besserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen vermögen, auch durch Initiativanträge sofort Rechnung zu tragen.

Von diesen Ueberzeugungen geleitet, beantragten die Versammelten das Comité, beim Zusammentritte des Reichs-

tagar Berichterstatter dieses Comité, und erstattete 1873 ein Gutachten über die Münzfrage, in welchem er die ausschließliche Goldwährung empfahl, nicht etwa bloß mit den gewöhnlichen Gründen, sondern auch mit einer wahrhaft phrenetischen Begeisterung.

Etwas später wurde er aus einem Goldbold ein Papierbold. Zur Zeit der «Inflation» empfahl er unbeschränkte Emission von Banknoten und Papiergeld. Er erfand ein neues System, das System des «Interconvertible Money». Er schlug nämlich ein unverzinsliches Papiergeld vor, das der Staat jederzeit mit verzinslichen Obligationen einlösen dürfte. Es war etwas Aehnliches wie das Grundgeld, das seinerzeit der bekannte berliner Demagog Held vorschlug.

In seinem dritten und letzten Stadium, in welchem sich Hr. Kelley gegenwärtig befindet, schwärmt er mit derselben phrenetischen Begeisterung für die Silberwährung oder die Doppelwährung, wie 1873 für die Goldwährung. Er ist auch Silberbold geworden und hat den Goldbold so sehr vergefessen, daß er sehr erstaunt war, als ihm jemand eine der schönsten Stellen eines seiner Goldberichte von 1873 vorlas. Er meinte, das könne er unmöglich geschrieben haben, konnte aber dennoch nicht bestreiten, daß der Bericht seine Unterschrift trug. Ich will hier nicht auf eine Kritik der Mittheilungen eingehen, welche Hr. William D. Kelley dem Fürsten Bismarck über das amerikanische Münzeldorado gemacht hat. Ohne Zweifel wird er seine Kritiker in Amerika finden. Hier will ich nur Folgendes anmerken, um den Beweis zu führen, daß Kelley dem Reichskanzler nicht die ganze Wahrheit über Amerika gesagt hat.

Wer ist Kelley?

Unter dieser Ueberschrift bringt das Deutsche Montags-Blatt folgenden Artikel von P. N. Rhenanus:

„Diese Frage beschäftigt heute den deutschen Zeitungsleser, denn Kelley's Bericht über seine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck über die Silberfrage steht in allen Blättern. Das ist der Grund und die Veranlassung zu nachstehender Mittheilung. William D. Kelley ist Mitglied des Abgeordnetenhauses der Vereinigten Staaten. Der verstorbene deutsche Abgeordnete Frhr. v. Hoyerbed bezeichnete einmal die «Agrarier» als Abgeordnete zweiter Klasse, weil sie nicht die Gesamtheit und das Gemeinwohl, sondern einen einzelnen Stand und dessen Sonderinteressen vertreten. Hr. William D. Kelley ist «Abgeordneter zweiter Klasse» im Sinne des Frhrn. v. Hoyerbed, und wenn er eine Audienz beim Fürsten Bismarck hatte und sich damit breit macht, so ist dies ungefähr das Nämliche, wie wenn der Regierungsrat h. a. D. Dr. Beutner eine Audienz bei Lord Beaconsfield, oder der Dr. Hermann Grothe, Abgeordneter a. D., eine solche bei dem Grafen Andrássy gehabt hätte; wobei ich es dahingestellt sein lassen will, ob Lord Beaconsfield oder Graf Andrássy geneigt sein würden, den genannten Agenten eine Audienz zu gewähren.

Hr. Kelley spielt in dem Abgeordnetenhause der Vereinigten Staaten allerdings eine Rolle, aber zumeist nur die des «brillanten Ajax». Ich bediene mich absichtlich dieses dort landläufigen Ausdrucks, bin aber verpflichtet, dem deutschen Leser zu sagen, was die Amerikaner verstehen unter diesem Ausdruck, welcher

Homer's Iliade entlehnt ist. Der «brillante Ajax» ist der Held mit der starken Stimme. Wenn Ajax vor den Mauern von Troje brüllte, dann hörte man es auf der Insel Tenedos und auf den «hohen Schiffen» der Griechen. Um also ein solcher Ajax zu sein, ist zunächst eine mächtige Stimme von nöthen. Sodann aber muß man auch, wie die Holländer sagen, «sich selbst böse machen können», und zwar in einem solchen Grade, daß man den Schaum vor dem Munde stehen hat und mit beiden Fäusten auf dem Pult herum hämmert. Das ist also die Specialität des Frn. William D. Kelley. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß er sich durch sonst nichts auszeichnet.

Sein erstes Auftreten war löblich. Er kämpfte gegen die Sklaverei, oder wie man es dort ausdrückt: er schwang «das blutige Hemd» wider den Süden und vertrat die republikanische Partei in Pennsylvania, welches der «Schlusssteinstaat» genannt ward, weil es den Ausschlag gab in diesen Dingen. Als aber die Sklaverei erledigt war, vielleicht auch schon früher, wurde Kelley Agent der Eisenbahngesellschaft von Pittsburg; wahrscheinlich trug dies nicht genug ein und so ist er denn nun auch Agent der Silberminenbesitzer von Nevada geworden; und als solcher bereist er Europa. Seine Laufbahn auf dem Gebiete der Münz- und Bankfrage ist festsam. Sie besteht aus drei Etappen, welche miteinander im Widerspruch stehen. Er wurde — aus welchem Anlasse, darüber cursiren verschiedene Versionen — im Anfange der siebziger Jahre zum Mitglied des Committee of Currency gewählt, d. i. des Parlamentsausschusses, welcher die Frage der Umlaufsmittel zu prüfen hat. Er wurde